

die spezifischen Brandenburger Akzente, die wir setzen wollen und sollten?

Der dritte Punkt, bei dem es wirklich knirscht, ist die Umsetzung des Lissabonvertrags. Frau Hackenschmidt, auch hier zitieren Sie den Koalitionsvertrag, ziehen jedoch leider keine Schlüsse daraus. Im Koalitionsvertrag steht - unter anderem -, dass wir uns zum Lissabonvertrag bekennen. Dieser enthält glücklicherweise ein Frühwarnsystem, das auch die nationalen Parlamente einschließt. Wir müssen uns ins Gedächtnis rufen, dass der Lissabonvertrag schon seit über einem Jahr wirkt - am 1. Dezember 2009 ist er in Kraft getreten. Im Koalitionsvertrag steht - unter anderem -, das Land werde seine Mitwirkungsrechte nutzen, die sich im Rahmen des Lissabonvertrags und der nationalen Begleitgesetzgebung erheblich verbessern werden. Dabei frage ich mich: Wer ist das Land? Ist das Land nur die Landesregierung oder sollte vielleicht auch der Landtag teilhaben?

Frau Stobrawa, Sie müssen sich eingestehen, dass wir - im Rahmen des Frühwarnsystems - bis zum heutigen Zeitpunkt kein einziges europäisches Dokument durch die Landesregierung erhalten haben, auf dessen Grundlage wir uns damit inhaltlich hätten befassen können.

(Beifall CDU)

Da ist es unerheblich, ob wir eine Vereinbarung geschlossen haben, denn natürlich hätte uns die Landesregierung schon vorher informieren können. Die Informationspflicht ergibt sich nämlich aus der Landesverfassung und nicht aus irgendeiner Vereinbarung zwischen dem Landtag und der Landesregierung. Hier besteht absoluter Nachholbedarf.

Obwohl wir in einigen Punkten der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit gut aufgestellt sind - dankenswerterweise wurden die Partnerbeauftragten in Rumänien und Polen, die eine grandiose Arbeit leisten, schon erwähnt -, muss ich der Landesregierung sagen: Wenn Sie den europäischen Gedanken wirklich verbreiten und wenn Sie die europapolitische Kommunikation wirklich verbessern wollen, dann fangen Sie doch bei Ihren politischen Partnern hier im Parlament an, nehmen Sie uns als Multiplikatoren mit auf diese Reise und versuchen es nicht im Alleingang! Denn auch wir haben durchaus ein großes Potenzial.

Vizepräsidentin Große:

Frau Abgeordnete Richstein, lassen Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Stobrawa zu?

Frau Stobrawa (DIE LINKE):

Liebe Frau Kollegin Richstein, haben Sie inzwischen die fünf Dokumente, die uns im Rahmen des Frühwarnsystems durch die Landesregierung zugeleitet wurden, auch erhalten? Oder habe nur ich als Abgeordnete des Landtags sie allein erhalten?

Frau Richstein (CDU):

Wenn ich es richtig gesehen habe, sind uns fünf Dokumente zugeleitet worden - aber erst in der letzten oder vorletzten Woche und nicht durch die Landesregierung, sondern durch den

Bundesrat. Derzeit habe ich zumindest keine Dokumente erhalten.

(Beifall CDU und FDP)

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Frau Abgeordnete Richstein. - Wir kommen nunmehr zur Abstimmung.

Meine Damen und Herren Abgeordnete, es liegen Ihnen sieben Änderungsanträge und eine Beschlussempfehlung zum Einzelplan 08 vor. Wir stellen zuerst die Änderungsanträge zur Abstimmung.

Wir stimmen über den Änderungsantrag der FDP-Fraktion in Drucksache 5/2528 - Kapitel 08 010, Titel 514 25, Minderung des Ansatzes - ab. Wer dem Antrag Folge leisten möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Antrag bei einigen Enthaltungen mit einer deutlichen Mehrheit der Gegenstimmen abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über den Änderungsantrag der FDP-Fraktion in Drucksache 5/2529 - Kapitel 08 010, Titel 518 25, Minderung des Ansatzes. Wer dem Antrag Folge leisten möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Antrag bei einigen Enthaltungen abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über den Änderungsantrag der FDP-Fraktion in Drucksache 5/2530 - Kapitel 08 030, Titel 862 31, neu, Einstellung eines neuen Titels mit dem Ansatz und Erläuterungen. Wer dem Antrag Folge leisten möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Antrag mit einer deutlichen Anzahl der Gegenstimmen abgelehnt.

Wir kommen zum Änderungsantrag der FDP-Fraktion in Drucksache 5/2531 - Kapitel 08 030, Titel 683 63, Minderung des Ansatzes. Wer dem Antrag Folge leisten möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Antrag mit einer deutlichen Mehrheit der Gegenstimmen und bei einigen Enthaltungen abgelehnt.

Fünftens: Änderungsantrag in Drucksache 5/2457, eingebracht von der CDU-Fraktion, Kapitel 08 050, Titel 862 62, neu, Einstellung eines neuen Titels mit Ansatz. Wer dem Antrag Folge leisten möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Enthaltungen? - Damit ist der Antrag bei einer deutlichen Mehrheit der Gegenstimmen abgelehnt.

Sechstens: Änderungsantrag in Drucksache 5/2532, eingebracht von der FDP-Fraktion, Kapitel 08 050, Titel 526 95, Minderung des Ansatzes. Wer dem Antrag Folge leisten möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Enthaltungen? - Eine sehr deutlich ablehnende Haltung. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Siebtens: Änderungsantrag in Drucksache 5/2533, eingebracht von der FDP-Fraktion, Kapitel 08 050, Titel 526 96, Minderung des Ansatzes. Wer diesem Änderungsantrag Folge leisten möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Enthaltungen? - Deutliche Gegenstimmen. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Wir kommen zur Beschlussempfehlung: Beschlussempfehlung zum Einzelplan 08, Drucksache 5/2408, eingebracht vom Ausschuss für Haushalt und Finanzen. Wer der Beschlussempfehlung Folge leisten möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Enthaltungen? - Der Antrag ist bei einer deutlichen Mehrheit der zustimmenden Stimmen angenommen.

Damit schließe ich die Aussprache und die Abstimmung zum Einzelplan 08.

Ich rufe **Einzelplan 10** in Tagesordnungspunkt 4 auf:

Einzelplan 10 - Ministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses für Haushalt und Finanzen

Drucksache 5/2410

Die Aussprache wird von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eröffnet. Der Abgeordnete Jungclaus hat das Wort.

Jungclaus (GRÜNE/B90):

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Gäste! Zunächst möchte ich mich als Ausschussvorsitzender bei der Ministerin und den fachpolitischen Sprechern aller Fraktionen für die konstruktive Zusammenarbeit bedanken. Trotz aller inhaltlichen Differenzen gerade bei heiklen Themen war die Arbeitsatmosphäre immer sehr angenehm, und ich hoffe, dass wir das auch in Zukunft so hinbekommen. Aber zum Haushalt:

Die Haushaltsdebatte ist, wie bei allen anderen Einzelplänen, natürlich immer auch eine schöne Gelegenheit, um auf die herausragende Bedeutung des Ressorts hinzuweisen, in unserem Fall besonders auf den Umwelt- und Naturschutz, denn gerade seine Bedeutung wird - gemessen an den im Haushalt eingeplanten Summen jedenfalls - offensichtlich nicht ausreichend wahrgenommen.

Eine intakte Umwelt ist die Lebensgrundlage für uns und zukünftige Generationen, Ressourcen sind endlich und funktionierende Ökosysteme ein unersetzliches Gut. Es hat lange gedauert, aber inzwischen ist in Gesellschaft, Politik und Wirtschaft anerkannt, dass Umweltschutz auch Wachstum und Arbeitsplätze schafft. Dennoch gibt es nach wie vor deutliche Defizite bei der Umsetzung umweltpolitischer Ziele. Besonders deutlich wird das bei der Festlegung Ihres Haushalts.

Brandenburg ist reich an Natur und schönen Landschaften; da werden mir alle in diesem Haus zustimmen. Aus dieser Reichhaltigkeit leitet sich aber auch eine besondere Verantwortung für die Politik ab, nämlich Natur und Umwelt zu schützen und für zukünftige Generationen zu bewahren. Diese Verantwortung muss sich auch im Haushalt widerspiegeln. Wir halten es daher für äußerst problematisch, dass der Einzelplan 10 derjenige Haushalt ist, der überproportional von Kürzungen betroffen ist. Hier hätten wesentlich deutlichere Akzente für Naturschutz in Brandenburg gesetzt werden müssen.

(Beifall GRÜNE/B90)

Ein grundlegendes Problem der Umweltpolitik in unserem Bundesland liegt in der personellen Unterbesetzung der Umweltverwaltungen. Besonders das Landesamt für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz muss in Brandenburg bei gleicher Aufgabenbeschreibung mit deutlich weniger Personal auskommen als vergleichbare Ämter in anderen Bundesländern. Eine Ursache hierfür ist beispielsweise die Umschichtung von Stellen aus dem Landesamt ins Ministerium. In der Vergangenheit hat das Ministerium seinen eigenen Stellenbedarf häufig zulasten des Umweltamtes gedeckt. Diese Praxis muss dringend beendet werden.

(Beifall GRÜNE/B90 und vom Abgeordneten Büchel
[DIE LINKE])

Um eine leistungsfähige Umweltverwaltung zu garantieren, ist ein Personalbudget vonnöten, das vor kurzfristigen Umschichtungen zugunsten der Ministerialverwaltung geschützt ist. Deshalb fordern wir eine Klausel im Haushalt, die besagt, dass nur noch Stellen vom Ministerium ins Landesamt verschoben werden dürfen, nicht aber umgekehrt. Um das sicherzustellen, muss auch die Deckungsfähigkeit innerhalb der Hauptgruppe 4 - Personalausgaben - einseitig verändert werden. Darüber hinaus fordern wir aber auch, Stellen aus dem Ministerium wieder ins Umweltamt zurückzuverlagern, denn der Stellenplan des Amtes muss dringend den zu bewältigenden Aufgaben angepasst werden. Es geht bei der personellen Aufstockung des Landesamtes nicht etwa um die Schaffung neuer Stellen - denn auch wir sind uns der angespannten Finanzlage bewusst -, sondern es handelt sich um eine Umschichtung der Stellen aus dem Ministerium zurück ins Landesamt.

Nach unserer Einschätzung ist besonders die Situation im Bereich des Hochwasserschutzes, der Betreuung von Großschutzgebieten und bei Genehmigungsverfahren mehr als angespannt. Gerade im Hochwasserschutz wird die Ministerin ja nicht müde, Verbesserungen anzukündigen. Zuständig für Planung und Maßnahmen im Bereich des Hochwasserschutzes ist das Landesumweltamt. Hier aber ist viel zu wenig Personal vorhanden. Dies hat beispielhaft die peinliche Panne bei der Verwendung der Gelder für den Hochwasserschutz aus dem Konjunkturpaket II deutlich gezeigt. Rund 20 Millionen Euro konnte das Land aufgrund von Personalmangel nicht abrufen, obwohl Brandenburg noch erheblichen Nachholbedarf in Sachen Hochwasserschutz hat, wie die jüngsten Überschwemmungen gezeigt haben. Es liegt in der Verantwortung der Landesregierung, den Stellenplan entsprechend zu gestalten und die Umweltverwaltung in die Lage zu versetzen, Land und Bevölkerung ausreichend zu schützen.

Auch in der Verwaltung von Großschutzgebieten und Biosphärenreservaten ist Brandenburg im bundesweiten Vergleich deutlich unterbesetzt. Um eine leistungsfähige Verwaltung zu gewährleisten und Maßnahmen des Naturschutzes durchführen zu können, brauchen wir auch hier mehr Personal. Das Gleiche gilt für den Bereich der Genehmigungsverfahren. Hier ist die Personaldecke ebenfalls viel zu dünn, weshalb die entsprechenden Verfahren unangemessen lange dauern. Auch daran müssen wir zukünftig dringend etwas ändern. Das sieht die Wirtschaft übrigens genauso.

Wir erhalten deshalb unseren eingebrachten Änderungsvorschlag aufrecht, in dem wir eine deutlich bessere Ausstattung des Stellenplans des Landesumweltamtes fordern. Dies würde